

# Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 320

Christoph Böhr

## Arbeit für alle – kein leeres Versprechen

J.P. BACHEM VERLAG

---

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen u. a. aus folgenden Bereichen:

*Kirche, Gesellschaft und Politik*

*Staat, Recht und Demokratie*

*Wirtschaft und soziale Ordnung*

*Ehe und Familie*

*Bioethik, Gentechnik und Ökologie*

*Europa, Entwicklung und Frieden*

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

### Bestellungen

sind zu richten an:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Brandenberger Straße 33**

**41065 Mönchengladbach**

Tel. 021 61/8 15 96-0 · Fax 021 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: [kige@ksz.de](mailto:kige@ksz.de)

Ein Prospekt der lieferbaren Titel sowie ein Registerheft (Hefte Nr. 1–250) können angefordert werden.

### Redaktion:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Mönchengladbach**

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

---

2005

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1892-1

Der wirtschaftliche Niedergang unseres Landes beschleunigt sich. Allein im Jahr 2004 gab es 39.213 Unternehmensinsolvenzen, nachdem schon im Jahr 2003 insgesamt 39.320 Unternehmen aufgeben mussten. Damit entfielen auf 10.000 Unternehmen 134 Pleiten: ein mehr als erschreckender Befund, der das Ausmaß aller wirtschaftlichen Krisen in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg bei weitem übertrifft. Vor allem kleinere Firmen treten immer häufiger den Gang zum Konkursrichter an. Viele Unternehmer im Mittelstand haben längst die Lust verloren und sind fest entschlossen, über kurz oder lang ihren Betrieb aufzugeben. Die Binnennachfrage ist weiter schwach, die Umsätze im Handel sind nach wie vor deutlich rückläufig.

### **Deutschland im wirtschaftlichen Niedergang**

Das alles kostet Beschäftigung. Jeden Tag verlassen weit mehr als 1.000 Arbeitsplätze unser Land auf Nimmerwiedersehen. Die Arbeitslosigkeit steigt und steigt, während die Beschäftigung sinkt. Die Entwicklung der letzten Jahre ist beängstigend. Im Zeitraum zwischen 2001 und 2004, also in nur 3 Jahren, ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland um 1.293.132 gesunken. In immer größerem Umfang müssen Steuergelder aufgebracht werden, um die unermesslichen Folgeschäden der Unterbeschäftigung zu begleichen. Und auch das gelingt immer weniger. Deutschland befindet sich in einer Krise, in einem Teufelskreis. Unaufhörlich dreht sich die Abwärtsspirale mit zunehmender Geschwindigkeit. Wir befinden uns im freien Fall.

Die Menschen spüren das. Es macht ihnen Angst, weil immer mehr keine Hoffnung auf Besserung haben. Noch mehr Angst empfinden viele, weil sie den drohenden sozialen Abstieg befürchten. Wer heute mit Anfang 50 arbeitslos wird, kann oft nicht mehr darauf bauen, noch einmal den Anschluss zu finden und ins Erwerbsleben zurückzukehren. Also beginnt er zu rechnen: Was bleibt monatlich an Einkommen – und zwar nicht nur für die ersten Monate der Arbeitslosigkeit, sondern für die vielen Jahre und Jahrzehnte seines künftigen Lebens? Wen kann es da wundern, dass allein diese Angst vor dem sozialen Abstieg die Menschen auf die Straße oder in die Wahlenthaltung treibt.

Bei alledem wirkt die Politik hilflos und unentschlossen. Keine Partei lässt derzeit einen klaren Kurs erkennen. Wenn Entscheidungen von Regierung und Parlament getroffen werden, scheint es oft, dass deren Folgen nur unzureichend bedacht wurden. Schlimmer noch: Einzelne Maßnahmen lassen kaum vermuten, auf ein gemeinsames Ziel hin aus-

gerichtet zu sein. So hat etwa die Bundesregierung die in den letzten Jahren erfolgte Entlastung bei der Einkommensteuer mit der Öko- und Tabaksteuer, einer höheren Versicherungssteuer, mit erhöhten Sozialbeiträgen und gesetzlich erhöhten Energiepreisen – zum Beispiel zugunsten der Windräder – in vollem Umfang um ihre Wirkung gebracht. Und das ist kein Einzelfall.

Wer könnte im Augenblick beschreiben, worauf es die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland anlegt? Geht es wirklich noch um mehr als die mühsame Verwaltung des Mangels? Zahlreiche Äußerungen führender Vertreter der Mehrheitskoalition im Deutschen Bundestag legen die Vermutung nahe, dass man sich längst von dem Ziel verabschiedet hat, in Deutschland die Voraussetzungen für eine Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. So hat etwa der Stellvertretende Bundestagsfraktionsvorsitzende der SPD, Ludwig Stiegler, angesichts der ständig steigenden Zahl von Erwerbslosen im Rheinischen Merkur vom 3. März 2005 erklärt: „Die normale Arbeitslosigkeit fällt nicht aus dem Rahmen.“ Franz Müntefering, der Vorsitzende der Sozialdemokraten in Deutschland, scheint unterdessen ebenfalls aufgegeben zu haben: Immer mehr komme er zu der Einsicht, dass die Politik die Arbeitslosigkeit „nur in geringem Umfang“ bekämpfen könne: „Eigentlich müssen wir sagen, Leute, tut uns leid, wir können es nicht,“ berichtet die Süddeutsche vom 11. März dieses Jahres. Und immer zahlreicher werden die um Erklärung bemühten Stellungnahmen, die uns glauben machen wollen, die Zahl der Arbeitsplätze werde, was immer auch die Politik tut, im Computerzeitalter ohnehin weiter schrumpfen, wie Christa Wolf in der Welt vom 7. März scheinbar weitsichtig voraussagte. Manch einer denkt dabei wie sie.

### **Geht uns die Arbeit aus?**

Tatsächlich gibt es nicht wenige, die das Ende der Arbeitsgesellschaft vorhersagen. Ganz unabhängig von der Frage, wie die verheerenden Folgen einer solchen Entwicklung bewältigt werden könnten, ist zunächst einmal zu prüfen, ob die Annahme, auf der diese Vorhersage aufbaut, tatsächlich begründet ist. Denn das Ende der Arbeitsgesellschaft kann nur in Sicht sein, wenn zutrifft, dass uns allmählich die Arbeit ausgeht.

Trifft diese Einschätzung zu? Geht uns wirklich die Arbeit aus? Das Gegenteil ist offenkundig der Fall. Arbeit gibt es in unserer Gesellschaft in Hülle und Fülle – und immer mehr in der Form unerledigt bleibender

Arbeit. Von familiennahen Dienstleistungen über Pflege, Bildung und Erziehung, auf dem Feld der inneren Sicherheit, im Hochleistungsbe-  
reich von Forschung und Entwicklung bis hin zur Kundenbedienug im  
Gastgewerbe, im Handel und im Fremdenverkehr – weit spannt sich der  
Bogen von Arbeit, die nicht erledigt wird oder doch jedenfalls kaum  
noch einfließt in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhält-  
nisse. In den vergangenen Jahren war der größte und oft einzige Wachs-  
tumsbereich in Deutschland die Schwarzarbeit. Sie hat nach Auskunft  
des Bundesfinanzministers allein im vergangenen Jahr einen Umfang  
von rund 370 Milliarden Euro erreicht. Der tropfende Wasserhahn, die  
neue Tapete für das Wohnzimmer, der Baumschnitt im herbstlichen Gar-  
ten oder gar der Neubau eines Eigenheimes sind immer häufiger Anlass  
für eine mehr oder weniger aufwendige Nachbarschaftshilfe.

Mitnichten geht uns die Arbeit aus. Dabei bestreitet niemand, dass vor  
allem im Bereich der Massenfertigung tagtäglich eine Verlagerung von  
Arbeitsplätzen ins Ausland stattfindet: Während aus unserem Land die  
Arbeitsplätze abwandern, werden sie in mitteleuropäischen oder fernöst-  
lichen Ländern neu geschaffen. Es wäre eine Täuschung, wenn man  
glauben wollte, diese – übrigens schon vor Jahrzehnten einsetzende –  
Entwicklung sei rückholbar – oder auch nur aufzuhalten. Aber liegen  
nicht jenseits der – von Abwanderung bedrohten – Arbeitsplätze in der  
Fließbandmassenfertigung trotz Rationalisierung und Roboterisierung  
andere Beschäftigungsmöglichkeiten, die durchaus die Hoffnung nähren  
können, auch in einem Land wie Deutschland wieder Vollbeschäftigung  
erreichen zu können? Die Frage ist mit einem klaren und unmissver-  
ständlichen Ja zu beantworten. Denn unsere Arbeitslosigkeit erklärt sich  
nicht entsprechend der Vermutung, dass uns allmählich die Arbeit aus-  
geht, sondern liegt in der Tatsache begründet, dass wir Arbeit –  
jedenfalls in der Form rechtmäßiger, sozialversicherungspflichtiger  
Arbeit – schon lange kaum noch bezahlen können.

### **Die Lohnkosten: Brutto und Netto**

Der Blick auf eine beliebige Handwerkerrechnung zeigt, was gemeint  
ist: Neben unbedeutenden Beträgen für An- und Abfahrt sowie für das  
verbrauchte Material erscheinen die Arbeitskosten in einer Höhe, die  
den Kunden meist die Sprache verschlägt. Doppelt misslich wird die  
Lage dadurch, dass von diesen hohen Arbeitskosten in der Regel weni-  
ger als die Hälfte bei demjenigen ankommt, der die Arbeitsleistung er-

bringt. Es sind also die Bruttoarbeitskosten, die bei eher sinkenden Nettolöhnen die eigentliche Ursache unserer Massenarbeitslosigkeit sind.

Entsprechend groß ist der Druck, Arbeitsplätze in solche Länder zu verlagern, in denen deutlich geringere Arbeitskosten anfallen. Fast täglich sind in den Zeitungen Überschriften zu lesen wie diese: Aktienkurs verdoppelt – Jobabbau geht weiter. Würde indessen auf das eine oder das andere verzichtet, steuerte das Unternehmen zwar nicht unmittelbar in die Pleite, aber keine Macht dieser Welt könnte eine feindliche Übernahme dieses Unternehmens verhindern – mit der Folge, dass die unternehmerischen Entscheidungen dann ausschließlich in Tokio oder New York gefällt würden. Ob das für den deutschen Arbeitsmarkt von Vorteil wäre, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Inzwischen ist es längst nicht mehr nur die Großindustrie, die Arbeitsleistungen, wenn irgend möglich, im Ausland erbringen lässt. Mehr und mehr ist auch der Mittelstand gezwungen, dem durch die außerordentlich hohen Arbeitskosten in Deutschland erzeugten Druck auszuweichen, wo immer dies möglich ist. Dabei ist zu bedenken, dass sich auf diese Weise nicht nur der Bilanzgewinn eines Unternehmens steigern lässt, sondern auch die Leistung für den Kunden preiswerter angeboten werden kann. Die großen Verlierer sind die Beschäftigten.

Unter diesen Umständen verlassen Tag für Tag Arbeitsplätze unser Land. Schlimmer noch: Arbeitsmärkte werden erst gar nicht erschlossen, weil die hohen Arbeitskosten verhindern, dass neue Beschäftigung entsteht. So sind etwa für die Sanierung einer Altbauwohnung rund doppelt soviel Arbeitsstunden notwendig wie für die Errichtung einer vergleichbaren Neubauwohnung. Angesichts des großen Bedarfs in diesem Bereich könnten hier viele neue Arbeitsplätze im Handwerk entstehen. Dem ist aber mitnichten so. Stattdessen werden selbst längst überfällige Investitionen auf die lange Bank geschoben: Die Angst vor dem möglichen Verlust des eigenen Arbeitsplatzes hemmt jede Bereitschaft zu investieren und die immer unbezahlbarer werdenden Arbeitskosten, die bei einem entsprechenden Vorhaben anfallen, bremsen ebenfalls die Nachfrage. Dieses Beispiel taugt deshalb besonders gut für eine Veranschaulichung unserer deutschen Krankheit, weil es hier – beim Sanierungsaufwand für eine Wohnung oder ein Haus – um eine Arbeitsleistung geht, die orts- und kundennah erbracht werden muss, also nicht ins Ausland verlagert werden kann. Umso mehr bemühen sich einschlägige Unternehmen, zumindest einen Teil der Arbeitsleistung im Ausland abzuwickeln – etwa durch die Vorfertigung von Türen, Fenstern und anderen Fertigteilen in den unmittelbar an unser Land angrenzenden mit-

teleuropäischen Staaten –, um ihre Leistung insgesamt billiger anbieten zu können.

Während in Westdeutschland die Lohnkosten für Industriearbeiter bei 27 Euro liegen, belaufen sie sich im Durchschnitt der zehn neuen Beitrittsländern der Europäischen Union deutlich unter 4 Euro und in China betragen sie kaum mehr als 1 Euro. Selbst der schwedische Arbeiter kostet 4 Euro weniger als der deutsche Kollege. So erklärt es sich, dass überall dort, wo nicht eine gesamte Arbeitsleistung für den deutschen Kunden im Ausland erbracht werden kann, doch zumindest der Versuch unternommen wird, einzelne Arbeitsschritte unter wesentlich günstigeren Bedingungen im Ausland abzuwickeln.

### **Folgen der Unterbeschäftigung**

Die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute sind sich einig: Jenseits der amtlichen Angaben liegt die wirkliche Zahl der Arbeitslosen – unter Einbeziehung der verdeckten und versteckten Arbeitslosigkeit – derzeit bei rund 9 Millionen. Das sind 9 Millionen fehlende Steuerzahler, 9 Millionen weniger Beitragszahler der Sozialversicherungen und 9 Millionen Menschen, die in irgendeiner Weise auf Leistungen aus den staatlichen Haushalten und den Sozialkassen angewiesen sind – Menschen, denen es versagt bleibt, aus eigener Kraft für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

Es sind gleichermaßen die sozialen wie die ökonomischen und finanziellen Folgen der Massenarbeitslosigkeit, die wir schon bald nicht mehr bewältigen können. Die in unserer Gesellschaft um sich greifende Enttäuschung angesichts der Tatsache, dass inzwischen auch hervorragend Ausgebildete und Jüngere ihren Arbeitsplatz verlieren, wandelt sich in blanke Verzweiflung, wenn die Betroffenen nach einigen Monaten feststellen müssen, dass die Suche nach einem neuen Job wohl auf Dauer erfolglos bleiben wird. Was wird diesen Menschen eigentlich angetan? Und immer mehr vom Schicksal der Arbeitslosigkeit Betroffene stellen sich die Frage: Was ist das eigentlich für eine Gesellschaft, in die wir hineingeboren wurden? Eine Gesellschaft offenbar, in der Millionen und Abermillionen von Menschen scheinbar nicht gebraucht werden.

Neben diesen sozialen Folgen sind es die ökonomischen und finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit, die unser Land in eine tiefe Krise haben stürzen lassen: Die Staatskassen sind blank, wichtigste Infrastrukturaufgaben können nicht mehr erledigt werden, die Sozialversicherungen müssen in immer neuen Runden Leistungen kürzen, die Folgen der Un-

terbeschäftigung binden einen immer größer werdenden Teil der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden.

Die bei den Staatshaushalten und den Sozialversicherungen anfallenden Gesamtkosten der Unterbeschäftigung in Deutschland belaufen sich auf rund 133 Milliarden Euro. Allein die gesamtfiskalischen Kosten für die erfasste Arbeitslosigkeit lagen nach vorsichtigen Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2003 bei rund 82,7 Milliarden Euro. Davon entfielen 25,1 Milliarden Euro auf Ausgaben für Arbeitslosengeld und korrespondierende Sozialversicherungsbeiträge, 14,9 Milliarden Euro auf entsprechende Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe, 4,0 Milliarden Euro auf Ausgaben für Sozialleistungen wie Sozialhilfe und Wohngeld, 15,9 Milliarden Euro auf Mindereinnahmen bei Steuern sowie 22,7 Milliarden auf Mindereinnahmen bei den Sozialbeiträgen.

Hinzu kommen weitere Kosten der Unterbeschäftigung in Form verdeckter Arbeitslosigkeit in einer Höhe von rund 50 Milliarden. Davon entfallen nur auf die Rentenversicherung Ausgaben für vorzeitige Altersrenten im Jahr 2004 in einer Größenordnung von 36 Milliarden Euro. Entsprechend niedriger hätte der Beitragssatz oder der insgesamt bei 49,3 Milliarden Euro liegende Bundeszuschuss für die Rentenversicherung ausfallen können.

Neben diesen jährlich anfallenden Kosten, die sich aus der Finanzierung der Folgen der Unterbeschäftigung ergeben, liegen die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit durch unterlassene Wertschöpfung nach groben Schätzungen bei etwa 230 Milliarden Euro für das Jahr 2002. Von Jahr zu Jahr steigen diese Kosten, während die Beschäftigung in Deutschland sinkt. Wie kann man sich angesichts dieser Verhältnisse eine Rückkehr auf den wirtschaftlichen Wachstumspfad vorstellen?

### **Das Ziel: mehr Beschäftigung**

Nichts gefährdet unseren Wohlstand mehr als die Unterbeschäftigung. Wenn die Verheißung Ludwig Erhards, Wohlstand für alle zu schaffen, wieder eingelöst werden soll, muss deshalb vor allem wieder ein Wachstum bei der Beschäftigung erreicht werden. Die Politik muss mit beharrlicher Geduld und innerer Schlüssigkeit auf dieses eine Ziel hin ausgerichtet werden: Vollbeschäftigung wieder möglich zu machen. Die zum 1. Januar dieses Jahres abgeschlossene dreistufige Tarifentlastung bei der Einkommensteuer, die Reform der Arbeitsverwaltung und die Veränderungen der Arbeitslosenversicherung durch Hartz I – IV allein bringen uns in dieser Hinsicht keinen Schritt weiter. Der dramatische



Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland geht weiter. Und der Versuch, den Mangel an Arbeitsplätzen besser zu verwalten, mag für sich genommen notwendig sein. Aber dadurch entsteht kein einziger neuer Arbeitsplatz.

Wer will, dass in unserem Land wieder mehr Beschäftigung entsteht, damit unser Wohlstand auf Dauer gesichert bleibt, muss zurückfinden zur Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Nichts spricht dafür, dass sich die Politik vom Ziel der Vollbeschäftigung dauerhaft verabschieden muss; im Gegenteil: Wer dem Bild des selbstbestimmten, sein Leben in eigener Verantwortung gestaltenden Menschen verpflichtet ist, kann gar nicht anders, als nach Wegen zu suchen, ausnahmslos jedem Menschen diese Möglichkeit auch tatsächlich zu eröffnen.

Die Politik kann heute Vertrauen nur zurückgewinnen, wenn es ihr gelingt, den Menschen glaubhaft die Angst vor dem sozialen Abstieg zu nehmen. Wir müssen einen Weg finden, der uns nicht länger aus der Arbeitsgesellschaft herausführt. Der hier erläuterte Vorschlag entspricht dieser Vorgabe und folgt dabei dem Maßstab des christlichen Menschenbildes. Dieses Menschenbild verlangt, jedem die Möglichkeit zu eröffnen, ein selbstbestimmtes Leben auch durch die Teilhabe an Arbeit führen zu können. Genauer gesagt: Ohne die Teilhabe an Erwerbsarbeit muss ein Mensch die Aufforderung, sein Leben in selbstbestimmter Verantwortung zu führen, als Hohn empfinden. Die der menschlichen Würde entsprechende Unabhängigkeit von den Leistungen Dritter – etwa des Staates – ist nicht zuletzt dadurch sicherzustellen, dass jeder ein Arbeitseinkommen erzielen kann, mit dem er seinen Lebensunterhalt bestreitet.

Das hier beschriebene, vom Menschenbild abgeleitete Ziel gibt der Politik vor, über Regeln zu entscheiden, deren Wirkung einen Zuwachs von Beschäftigung erwarten lässt. Im Kern geht es also um die Frage, was getan werden muss, um eine deutlich größere Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt in Gang zu setzen. Unterstützt wird diese Zielsetzung durch die sichere Erwartung, dass durch eine nachhaltige Mehrung von Beschäftigungsverhältnissen soziale Spannungen entschärft und soziale Sicherheit gewährleistet werden können. Es geht um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft.

Da eine größere Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt vor allem wegen der zu hohen Kosten von Arbeit verhindert wird, muss der Weg zu mehr Beschäftigung eben an diesem Punkt ansetzen: Durch eine entsprechende Verbilligung von Arbeit ist eine Belebung des Arbeitsmarktes zu

erreichen. Denn keinesfalls wird heute Arbeit spärlicher nachgefragt als früher. Aber wegen der zu hohen Kosten kann diese Nachfrage immer weniger befriedigt werden – es sei denn, man bringt polnische, kroatische oder ukrainische Arbeiter zum Einsatz.

Eine Verbilligung von Arbeit mit dem Ziel, die Arbeitskosten zu senken, zielt keinesfalls auf eine Absenkung der Nettolöhne. Im Gegenteil. Die Rede ist hier ausschließlich von den hohen Lohnkosten. Denn unsere Schwierigkeit in Deutschland liegt darin, dass der Nettolohn der Arbeitnehmer eher zu niedrig ist, während die Kosten der Arbeit deutlich zu hoch sind. Die Frage lautet also: Was muss getan werden, damit die Nettolöhne in Deutschland wieder steigen, während gleichzeitig die Lohnkosten sinken?

Wer in Deutschland mehr Beschäftigung will, der muss sich auf zwei grundlegende Ziele besinnen: Arbeit muss wieder bezahlbar werden – und Arbeit muss sich wieder lohnen.

### **Drei Schritte vor allem sind notwendig, um dieses Ziel zu erreichen:**

Erstens: Wir brauchen eine durchgreifende Steuerreform mit einer deutlichen Nettoentlastung vor allem im unteren Lohnbereich. Ein Kernübel, das zu einer dauerhaften Wachstumsschwäche in Deutschland führt, ist die Unterbeschäftigung vor allem im niederentlohnten Bereich. Der größte Teil der Arbeitslosigkeit in Deutschland entsteht hier, durch den Arbeitsplatzabbau bei einfachen Tätigkeiten. Hier zählt jeder Euro Belastung des Bruttolohns durch Steuern und Abgaben. Denn entweder werden die Bruttokosten von Arbeit zu hoch, so dass sie nicht mehr nachgefragt wird, oder der Nettolohn wird zu niedrig, so dass sich das Arbeitseinkommen im Vergleich zu einem Einkommen aus Sozialhilfe und Sozialversicherung nicht mehr lohnt. Deshalb sollte bis 1.300 Euro im Monat der Lohn frei von Steuern und Abgaben ausgezahlt werden. Die Sozialbeiträge kann gegebenenfalls der Staat übernehmen. Für ihn ist das eine lohnende Investition, da er so in den allermeisten Fällen die Kosten der Sozialleistungen einspart und Wachstum ermöglicht, das die Steuereinnahmen steigen lässt. Ohne eine Steuerreform, die diesen großen Wurf wagt, wird es keine Rückkehr zu mehr Beschäftigung in Deutschland geben können.

Dieser Vorstellung besonders nahe kommt der kürzlich von Paul Kirchhof vorgelegte Vorschlag zur Reform unseres Einkommensteuerrechtes. Der Vorschlag dient nach Auskunft seines Verfassers ausdrücklich dem

Zweck, unsere Wirtschaftsordnung zu erneuern und zu alter Leistungskraft zu führen.

Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass es uns gelingt, das schwierigste und undurchschaubarste Steuersystem der Welt zu vereinfachen, weil das geltende Steuerrecht seit vielen Jahren Wachstum und Beschäftigung in Deutschland bremst. Um der Leistungskraft der Wirtschaft wie um der Mehrung von Beschäftigung willen müssen die unzähligen, heute geltenden Sonder- und Ausnahmeregelungen beseitigt, im Gegenzug die Steuersätze gesenkt, die Steuertarifkurve deutlich flacher gestaltet und die Freibeträge vor allem für Familien mit Kindern erhöht werden. Was macht es für einen Sinn, dass der deutsche Steuerzahler, wie heute möglich, eine erhebliche Minderung seiner Steuerschuld erwirkt, wenn er mit namhaften Beträgen die Filmwirtschaft in Hollywood unterstützt? Ein einfaches, verlässliches Steuerrecht lockt Investitionen und bringt endlich Steuergerechtigkeit – für den Arbeitnehmer wie für den Unternehmer.

Zweitens: Mit der Steuerreform einhergehen muss eine Sozialreform, um die Lohnzusatzkosten zu senken und so Arbeit billiger anbieten zu können. Dort, wo es sinnvoll ist, sollen die Versicherungsbeiträge von den Lohnkosten abgekoppelt werden. Dafür kommen zuallererst die Krankenversicherung und die Pflegeversicherung in Frage. Deren Leistungen sind kein Lohnersatz wie Rente oder Arbeitslosengeld. Sie decken ein Risiko ab, das unabhängig von der Arbeitstätigkeit besteht. Deshalb brauchen wir die einheitliche Versicherungsprämie für die gesetzliche Krankenversicherung und eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung. Weil aber niemand über einen bestimmten Anteil seines Einkommens durch die Kassenbeiträge belastet werden darf und Heilbehandlungen für jedermann auch in Zukunft erschwinglich bleiben sollen, wird ein sozialer Ausgleich über das Steuersystem erfolgen.

Der dritte Schritt muss vor allem von den Tarifparteien vollzogen werden: Wir brauchen in Deutschland eine Erhöhung der regelmäßigen Wochen- und Jahresarbeitszeit, um auch auf diesem Weg Arbeit billiger zu machen und Lohnkosten zu senken. Bezahlte oder unbezahlte Überstunden, wie sie heute zuhauf geleistet werden, sind dafür kein Ersatz. Eine – bescheidene – Mehrarbeit ohne Lohnausgleich ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Sicherung der Nettolöhne wie der Arbeitsplätze in Deutschland. Dabei kann und muss der unterschiedlichen Belastung in verschiedenen Berufen Rechnung getragen werden. Deshalb ist es so wichtig, dass wir betrieblichen Bündnissen für Arbeit einen verlässlichen rechtlichen Rahmen geben: Was auf der einen Seite einem Unternehmen wie

Opel recht ist, muss auf der anderen Seite dem Handwerksmeister billig sein.

Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung müssen wir Arbeit in Deutschland wieder bezahlbar machen. Heute wird immer weniger Arbeit – in ihrer rechtmäßig angebotenen Form – nachgefragt. Das ist mit Händen zu greifen. Aber kann diese Entwicklung verwundern? Arbeit ist in unserem Land zu teuer geworden, als dass sich die Nachfrage erhöhen könnte – rechtmäßig erbrachte, sozialversicherungspflichtige Arbeit jedenfalls ist oft unbezahlbar. Das gigantische Ausmaß der Schwarzarbeit ist ein trauriger Beweis. Wir verbinden in Deutschland hohe Bruttolöhne mit den weltweit höchsten Lohnnebenkosten und besonders kurzen Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeiten. Diese Rechnung kann nicht aufgehen. Deshalb müssen wir alle etwas länger arbeiten, um unsere Nettolöhne zu sichern, die Arbeitsplätze zu erhalten und Beschäftigung zu mehren.

Wenn in den genannten drei Punkten die Weichen neu gestellt werden, wird Beschäftigung in Deutschland wachsen. Insbesondere im Lohnbereich werden Arbeitsplätze entstehen, die trotz vielfältiger Anstrengungen der letzten Jahre – man denke nur an die Fülle der Kombi-lohn-Modelle – stetig abgenommen haben.

### **Einwände und Bedenken**

Gegen diese Vorschläge wird immer wieder – meist von den Finanzministern aller Parteien – eingewandt, sie seien nicht bezahlbar, weil die Einnahmeverluste des Staates zu hoch zu veranschlagen sind. Diese Rechnung ist falsch. Denn im Abgleich der staatlichen Einsparungen bei den sozialen Transferleistungen auf der Ausgabenseite einerseits und den staatlichen Verlusten durch Steuerausfälle – etwa nach dem Inkraftsetzen einer Steuerreform – auf der Einnahmenseite andererseits macht der Staat insgesamt kein schlechtes Geschäft. Heute werden seine Mittel aufgefressen, weil immer mehr Geld ausgegeben werden muss, um die Folgen der Unterbeschäftigung zu finanzieren. Im Durchschnitt kostete ein Arbeitsloser im Jahr 2002 den gesamten Fiskus rund 18.500 Euro. Die Beitragsausfälle der Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sind in dieser Zahl noch nicht einmal enthalten. Umgekehrt gilt aber: Wenn nur 500.000 arbeitslose Menschen in einen Job zurückfinden, werden die öffentlichen Haushalte um etwa 10 Milliarden Euro im Jahr entlastet. Es lohnt sich also, in Beschäftigung zu investieren, statt die Kosten der Unterbeschäftigung zu finanzieren. Der Dreh- und

Angelpunkt aller politischen Bemühungen kann deshalb nur sein, aus den heutigen Beziehern staatlicher Sozialeinkommen wieder Steuer- und Beitragszahler zu machen.

Und es ist eine zweite Sorge, die vielen geradezu Angst macht und die Zustimmung zu den notwendigen Veränderungen erschwert: die Sorge nämlich, wie sich die Folgen einer neuen Finanzierungsgrundlage für Teile unserer Sozialversicherung darstellen. Dabei ist es verständlich, dass jeder Schritt ins Ungewisse zunächst einmal Herzklopfen verursacht. Das gilt erst recht, wenn es um die eigene Gesundheit geht. Wer will schon vorgeben, in allen Einzelheiten zu wissen, was es bedeutet, wenn die Finanzierung sozialer Sicherheit auf eine ganz neue Grundlage gestellt wird? Und deshalb haben viele ein zumindest mulmiges Gefühl, wenn sie an dieses Vorhaben denken. Aber bleibt uns wirklich eine andere Möglichkeit? Und wird der Mut, Neuland zu betreten, nicht doppelt und dreifach belohnt, wenn wir so zu mehr Beschäftigung finden? Nur Beschäftigung sichert auf Dauer die Einnahmen der Sozialkassen. Je länger die Krise der Unterbeschäftigung anhält, umso zerbrechlicher werden die Grundlagen der sozialen Sicherheit. Wer aber von dieser Sorge, dass unser soziales Netz einmal reißen könnte, erfüllt ist, wird die Scheu vor Veränderungen überwinden, umso mehr, als er sich nüchtern vor Augen führt, dass diese Sorge heute schon mehr als begründet ist. Erschwerend kommt hinzu, dass auch eine konjunkturelle Aufhellung keine Entspannung der Lage bringen wird, weil die strukturellen Gründe der Unterbeschäftigung in Deutschland hausgemacht sind. Und auch auf dem Weg immer neuer Kürzungen und Einsparungen lässt sich nicht jenes Beschäftigungswachstum erreichen, das wir dringender benötigen als alles andere.

### **Familie, Erziehung, Bildung**

Nach den bisher beschriebenen drei Schritten müssen Politik und Gesellschaft einen vierten Schritt tun, der zur Familien- und Bildungspolitik hinführt und damit die Grundlagen unserer Gesellschaft in den Blick nimmt. Familiennahe Leistungen müssen – auch unter Gesichtspunkten der Überwindung unserer Beschäftigungskrise, als bezahlbare, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse angeboten werden. Auch aus diesem Grund benötigen wir, wie schon erwähnt, eine Steuerreform, wie sie zuletzt Paul Kirchhof vorgeschlagen hat. Nur so kann beispielsweise der wachsende Bedarf an Betreuung über sozialversicherungspflichtig beschäftigte Tagesmütter auch von den Beziehern eines mittleren Ein-

kommens befriedigt werden. Und die Bildungspolitik muss endlich be- greifen, dass die wichtigsten Jahre im Leben eines Menschen die ersten Jahre nach seiner Geburt sind. Was spricht dagegen, das heute dritte Kindergartenjahr unter dem Dach der Grundschule als vorschulische Bildung zu gestalten, Kinder also ab ihrem fünften Geburtstag im Rah- men einer vorschulischen Erziehung besser und nachhaltiger zu fördern, als dies heute möglich ist? Sowohl die sozialversicherungspflichtige Bereitstellung familiennaher Dienstleistungen als auch die Verbesserung der schulischen Bildung unserer Kinder sind dazu angetan, die Erzie- hungskraft der Familie nachhaltig zu fördern.

Kinder sind gerade in den ersten Lebensjahren besonders wissbegierig. Sie besitzen die Fähigkeit, spielerisch zu lernen. In keinem anderen Le- bensabschnitt sind die Voraussetzungen einer erfolgreichen Förderung der persönlichen Entwicklung so günstig wie in der frühen Kindheit. Neueste neuro-wissenschaftliche Forschungen zeigen eindrucksvoll, wie wichtig gerade eine frühkindliche Bildung ist. Deshalb müssen wir alle Möglichkeiten nutzen, um Kinder früher zu fördern. Und da Kinder oft mehr können, als ihnen zugetraut wird, ist es neben der persönlichen Förderung von großer Bedeutung, sie entsprechend ihren Begabungen zu fordern.

Mit bedarfsgerechten, verlässlichen und bezahlbaren Betreuungsangebo- ten für Kinder aller Altersstufen müssen Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgabe ebenso unterstützt werden, wie es ihnen leichter gemacht werden muss, ihren Kinderwunsch zu erfüllen, indem die Ver- einbarkeit von Familie und Beruf tatsächlich auch gewährleistet wird. Dazu brauchen wir – als Ergänzung zu bestehenden Betreuungs- und Förderangeboten – ein flächendeckendes Netz von Tagesmüttern und - vätern. Auf diesem Wege wäre es übrigens möglich, zwei wichtige Ziele unter einen Hut zu bringen: Für junge Familien würde die Erfüllung ihres Kinderwunsches in greifbare Nähe rücken, während gleichzeitig ein Arbeitsmarkt für familiennahe Dienstleistungen entstehen könnte – übrigens zu bezahlbaren Preisen und erschwinglich für alle, wenn bei entsprechender steuerlicher Anerkennung solche Beschäftigungsverhält- nisse zwei oder drei Familien gemeinsam eine Tagesmutter unter Ver- trag nehmen.

### **Arbeit als Voraussetzung für Wohlstand**

Unser Wohlstand ist bis heute die Frucht unserer Arbeit. Nun erleben wir, dass immer mehr Menschen ausgeschlossen werden – weder Zu-

gang zu Arbeit finden noch Anteil haben am Wohlstand. Es ist deshalb eine politische Entscheidung, darüber zu befinden, ob wir den hier vorgeschlagenen Weg zurück in die Arbeitsgesellschaft gehen wollen. Viele zweifeln daran, dass dies überhaupt möglich ist. Die Zweifler können aber keine Antwort geben auf die Frage, wie wir bei steigender Unterbeschäftigung auf Dauer soziale Sicherheit gewährleisten, endlich wieder zu einer Verbesserung der Steuereinnahmen zurückfinden und eine Entlastung unserer Sozialkassen erreichen wollen.

Politik ist kein Abbruchunternehmen, ihr Werkzeug nicht die Abrisssbirne. Aufgabe der Politik ist es, eine Vorstellung zu entwickeln, wie die Menschen in unserer Gesellschaft auf Dauer Eigenverantwortung und Selbstbestimmung erleben können – vorrangig dadurch, dass ihnen die Möglichkeit, mit ihrer Hände Arbeit die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben zu erfüllen, nicht genommen wird. Das ist Aufgabe und Auftrag einer Politik, die sich dem christlichen Menschenbild verpflichtet fühlt. Einer Politik, die sich diesen Maßstab gewählt hat, steht der Weg, Abschied zu nehmen von der Arbeitsgesellschaft, nicht offen. Denn einerseits liegt es in der Verantwortung jedes Menschen, für sich selbst und seine Familie durch Arbeit einen hinreichenden Lebensunterhalt zu verdienen. Andererseits ist es die Aufgabe des Staates, entsprechende Möglichkeiten dafür zu schaffen. Ein Staat, der nicht die Rahmenbedingungen so setzt, dass seine Bürger aus eigener Kraft leben können, hat sich vom Menschenbild unserer Verfassung weit entfernt.

Deshalb hat die Politik den Auftrag, einen Weg zu suchen, der unter den Bedingungen der Globalisierung zurückführt in die Arbeitsgesellschaft. Denn ohne Beschäftigung bleibt das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft, die Mittelschichtgesellschaft, ein leeres Versprechen. Nur in der Arbeitsgesellschaft haben Menschen die Möglichkeit, unabhängig, selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu leben, weil mit einem eigenen Einkommen die dafür unverzichtbarste aller Voraussetzungen erfüllt wird. Die Soziale Marktwirtschaft ist die ordnungspolitische Ableitung des christlichen Menschenbildes und gleichermaßen Gewähr für soziale und demokratische Stabilität.

Das hier vorgeschlagene Leitbild, das Zuwachs von Beschäftigung in den Mittelpunkt aller Politik rückt, zielt auf eine Mittelschichtgesellschaft, die allen Menschen eine Teilhabe am Wohlstand eröffnet. Der Aufbau einer solchen Gesellschaft, die der Hoffnung auf den sozialen Aufstieg verpflichtet war und nicht die Angst vor dem sozialen Abstieg schürte, gehört zu den großen Errungenschaften der Nachkriegsjahre. Heute steht sie auf dem Spiel. Eine Mittelschichtgesellschaft ist der be-

ste Weg, soziale Sicherheit und wirtschaftliches Wachstum miteinander zu verbinden: indem die Menschen nicht gemahnt werden, sich mit dem Mangel abzufinden, sondern vielmehr ermutigt werden, etwas zu unternehmen, um ihren eigenen Nutzen zu mehren. Eine Mittelschichtgesellschaft bietet eine Gewinnerwartung für alle, die sich anstrengen. Sie belohnt nicht den Faulen, sondern den Tüchtigen. Und sie sichert den gesellschaftlichen Frieden, denn sie gibt keinen Anlass, sich im Kampf um die Verteidigung von Besitzständen hinter die Barrikaden zurückzuziehen: Weil sie dem, der wagt, Erfüllung verspricht. Kurzum: Die Soziale Marktwirtschaft ist auch heute in der Lage, unsere Schwierigkeiten zu bewältigen.

Eine klare politische Richtungsentscheidung hat deshalb zu beginnen mit einer Bestimmung der Zielsetzung von Politik. Diese Selbstbindung ist allerdings für viele, die in unserer Gesellschaft dem Lebensgefühl der Beliebigkeit huldigen, eine Zumutung. Warum nicht so weitermachen wie bisher, mal an dieser und mal an jener Schraube drehen – immer in der Hoffnung, dass man irgendwann den richtigen Handgriff schon finden werde. In die Sprache des Politischen übersetzt, heißt das: durchwursteln um jeden Preis. Wie aber, fragt man sich, soll die Politik jemals an ihr Ziel gelangen, wenn sie keiner Linie folgt? Wenn jeder rote Faden fehlt, wenn Entscheidungen widersprüchlich und Absichten gegenläufig sind, verstolpert sich die Politik. Ans Ziel kommt allemal nur der, dessen Entscheidungen eine innere Schlüssigkeit erkennen lassen.

Heute geht es um diesen roten Faden, um eine ordnungspolitische Grundentscheidung, auf die sich alles, was im Zuständigkeitsbereich der Politik liegt, hinzuordnen hat. Es kann keinen Zweifel geben: Wenn die Politik sich entscheidet, das Ziel der Vollbeschäftigung in den Mittelpunkt aller ihrer Bemühungen zu rücken, und wenn die Politik die Gültigkeit dieser Grundentscheidung nicht in Frage stellt, wird sie ihr Ziel am Ende nicht verfehlen.

## **Literaturhinweis**

Christoph Böhr, Gesellschaft neu denken. Einblicke in Umbrüche, Frankfurt a. M. 2004.

## **Zur Person des Verfassers**

Dr. Christoph Böhr ist Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag Rheinland-Pfalz und stellvertretender Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.